

"Wir tun in einer weltweiten Rezession das Notwendige ein Jahr vor der Bundestagswahl und haben die Kraft zu den notwendigen Beschlüssen bewiesen", führte der Bundeskanzler aus.

Das Zusammenspiel mit der FDP sei dabei gewiß nicht ohne Komplikationen gewesen. Es habe aber doch letztlich ein großes Ausmaß an beiderseitiger Zielklarheit und Vernunft gegeben. Er habe allen Grund, sagte Helmut Schmidt, dem FDP-Vorsitzenden und anderen im Kabinett dafür dankbar zu sein.

Jetzt gehe es darum, daß alle Beteiligten dazu beitragen, die vorgesehenen Maßnahmen über die Hürden im Bundestag und vor allem Bundesrat zu bringen. Der Bundeskanzler wandte sich in diesem Zusammenhang gegen staatliche Eingriffe in die Hoheit der Tarifpartner, insbesondere gegen die Versuchung einer Lohnpause für die deutsche Wirtschaft. "Ich bin auch gegen Erklärungen von Ministern, die in Tarifaueinandersetzungen eingreifen", fuhr er fort. Weil aber in diesem Jahr wieder mehr investiert werden müsse, müsse der Staat auch alles unterlassen, was zu überflüssigen Arbeitskämpfen führen könne. Gerade weil 1976 eine höhere Investitionsquote erforderlich sei, werde die Mehrwertsteuer erst zum 1.1.1977 erhöht, um für 1976 unnötig hohe Lohnforderungen zu vermeiden.

Auf die Besteuerung der Unternehmen eingehend, verwies der Bundeskanzler auf einen "Systemfehler", der vielleicht im Rahmen der Überwindung von Schwierigkeiten einmal geändert werden müsse, falls das möglich sei. Dieser "Systemfehler" bestehe darin, daß kein Unterschied gemacht werde, in der Besteuerung von Unternehmen und ihren Eigentümern. Unter Hinweis auf das schwedische Modell, bei dem die Unternehmen einen Teil ihrer Erträge in eine Rücklage bei der Zentralbank einbringen, die von der Regierung bei Bedarf steuerunschädlich freigegeben werden können, während die Entnahme von Gewinnen zum privaten Konsum höher besteuert wird", sagte der Bundeskanzler, "dies sei zwar noch kein beschlußreifes Konzept, aber es sei wert, daß darüber nachgedacht werde!"

Zum Abschluß betonte Helmut Schmidt: "Die Reformpolitik bleibt". Der große Reformschub seit der Anfangszeit unserer Bundesrepublik werde in der Substanz bewahrt. Es werde keinen Eingriff in die dynamische Leistung im Sozialbereich geben. Bereinigungen in Randbereichen würden dazu beitragen, daß das Netz der sozialen Sicherheit in seiner Bewährungsstunde leistungsfähig gehalten wird. Die Voraussetzungen für diese zentrale Aufgabe zu schaffen, darum gehe es in erster Linie.

- - - - -